

## SO STIMMEN OBERFRANKENS ABGEORDNETE

### Siebenmal Ja, einmal Nein

Wir haben die oberfränkischen Bundestagsabgeordneten gefragt, wie sie heute abstimmen werden und um eine kurze Begründung gebeten. Hier ihre Stellungnahmen:

**Anette Kramme (Bayreuth/SPD):** „Trotz einiger Bedenken werde ich dem Rettungsschirm zustimmen. Ich glaube an die Vorzüge einer starken Europäischen Union. Sie hat uns seit über 50 Jahren Frieden garantiert, und gerade Deutschland als Exportnation profitiert vom gemeinsamen Wirtschaftsraum. Die neuen Regelungen scheinen die schwierige Balance zwischen funktionsfähigen Instrumenten der EU und der Wahrung der parlamentarischen Souveränität des Bundestages zu wahren.“



**Hartmut Koschyk (Bayreuth/CSU):** „Ich werde der Ertüchtigung des Euro-Rettungsschirmes zustimmen, da dies unsere Brandmauer zur Eindämmung der akuten Auswirkungen der Staatsschuldenkrise in einer Reihe europäischer Länder ist. Er ist wichtige Voraussetzung, neues Vertrauen in den Euro und



in Europa zu begründen und in der EU einen Kurs von Stabilität und Wachstum durchzusetzen. Die Ertüchtigung des Euro-Rettungsschirms haben wir mit neuen und schärferen Regeln gegen die Überschuldung von Euro-Mitgliedsstaaten sowie umfassenden Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte verbunden.“

**Thomas Silberhorn (Bamberg/CSU):** „Ich stimme mit Nein, weil der Euro-Rettungsschirm einseitig auf die Gewährung von Finanzhilfen ausgerichtet ist. Mit der politischen Zusage, den Zahlungsausfall eines Euro-Mitglieds unter allen Umständen zu vermeiden, wird Investoren die Möglichkeit eröffnet, weiter gegen einzelne Staaten der Eurozone zu wetten, da das Risiko die Steuerzahler tragen. Der Rettungsschirm setzt damit eine Ursache für spekulative Attacken gegen Euro-Staaten. Die Folge wird sein, dass immer mehr Länder unter den Rettungsschirm flüchten müssen. Damit wird die Bonität der Geberländer gefährdet, es droht die finanzielle Überforderung.“



Dem Fass für Finanzhilfen muss daher ein Boden eingezogen werden: ein Verfahren geordneter Insolvenz für Staaten. Überschuldete Euro-Länder müssen vorübergehend aus der Eurozone ausscheiden können.“

**Hans Michelbach (Coburg/CSU):** „Ich stimme mit Ja. Ohne den erweiterten europäischen Rettungsschirm drohen unkalkulierbare Folgen für die Europäische Union und die gemeinsame Währung. Ein Kollaps des Finanzsystems würde Arbeitsplätze und Sparer vernichten. Der erweiterte Rettungsschirm bildet eine wichtige Klammer, um die Eurozone zusammenzuhalten. Hier geht es nicht primär um Griechenland. Der EFSF soll mit klaren Sanktionsmechanismen dafür sorgen, dass die Schulden nicht aus dem Ruder laufen. Er würde unter Auflagen helfen und soll auch in der Lage sein, eine geordnete Insolvenz abzuwickeln. Ein Herumdoktern an Symptomen hilft nicht mehr weiter. Wir brauchen ein überzeugendes, langfristiges Lösungskonzept mit klaren politischen Zielvorstellungen für den Euroraum und die gesamte EU.“



**Sebastian Körber (Forchheim/FDP):** „Ich stimme mit Ja: Die Entscheidung habe ich mir nicht leicht gemacht. Für

mich ist es ein wichtiger Schritt für die Stabilität des Euros und für ein starkes Europa. Die Einführung eines Höchstmaßes an Mitwirkungsrechten des Bundestages war die Grundlage für meine Zustimmung.“



**Petra Ernstberger (Hof/SPD):** „Ich stimme mit Ja, weil die Lage, trotz aller erfolgten Versäumnisse und des Zögerns der Bundesregierung, zu ernst ist für parteipolitische Spiele. Mit dem EFSF stützen wir im Rahmen der Hilfe zur Selbsthilfe die angeschlagenen Staaten. Für uns als Exportnation hätte ein Zusammenbruch der sogenannten PIGS-Staaten oder gar des Euro verheerende Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und für Tausende von Arbeitsplätzen – auch in unserer Region.“



**Hans-Peter Friedrich (Hof/CSU):** „Egal, ob wir Griechenland rausschmeißen, pleitegehen lassen oder umschulden; es muss in jedem Fall ein Übergreifen auf die anderen Euro-Länder verhindert werden – dazu brauchen wir den

Rettungsschirm. Die Welt schaut am Donnerstag gebannt nach Deutschland. Eine Handlungsunfähigkeit der deutschen Regierung und damit des wichtigsten Mitgliedslandes des Euros könnte eine Weltwirtschaftskrise bisher nicht gekanntes Ausmaßes anrichten. Für mich gibt es deswegen nur eine Wahl, und zwar: Ja.“



**Elisabeth Scharfenberg (Hof/Grüne):** „Ich stimme mit Ja. Wer jetzt nur über die Kosten des Euro-Rettungsschirms klagt, verfährt nach dem Motto: Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass. Wir sind eine Exportnation und eine der stärksten Volkswirtschaften in Europa und haben am meisten vom Euro profitiert. Darum halte ich es für notwendig, dass wir die jetzige Krise gemeinsam bewältigen. Dazu dient ein gut ausgestatteter Rettungsschirm, der Ansteckungseffekte von einem Krisenland auf andere verhindert, sowie mit dem europäischen Stabilisierungsmechanismus einen dauerhaften Krisenmechanismus schafft, mit klaren Regeln für Finanz-Notfälle.“ red

